

BORUSSIA DORTMUND

Mehr Schulden

Der wirtschaftlich angeschlagene Fußball-Bundesligist Borussia Dortmund schönt nach Einschätzung von Bilanzexperten durch ein veraltetes Buchungsverfahren seine Finanzdaten. So mussten Verpflichtungen durch Leasinggeschäfte wie etwa mit dem Westfalenstadion bislang nicht als Verbindlichkeiten in den Zahlen auftauchen. Die Aktionäre, moniert Stefan ten Doornkaat, Sprecher der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger, würden auf diese Weise über „das wahre Ausmaß“ der Verschuldung des börsennotierten Clubs getäuscht. Nach den neuen Bilanzvorschriften, die der BVB von Juli 2005 an beachten muss, wären die bei der letzten Halbjahresbilanz mit 113 Millionen Euro angegebenen Verbindlichkeiten doppelt so hoch ausgefallen, errechneten Wirtschaftsprüfer. BVB-Manager Michael Meier hält dem entgegen, dass auch die Anwendung des neuen Verfahrens „keine Überschuldung“ zur Folge hätte.



Dortmunder Westfalenstadion

SUDAN

Neuer Militäreinsatz?

In der Berliner Regierungskoalition schwelt ein Streit um einen möglichen Militäreinsatz im Sudan. SPD-Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul und die Grüne Christa Nickels fordern die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe in den ostafrikanischen Bürgerkriegsstaat (siehe Seite 122). So soll ein Völkermord wie vor zehn Jahren in Ruanda verhindert werden. Nickels schwebt eine Eingreiftruppe von 1000 Soldaten unter Uno-Mandat vor – vornehmlich aus arabischen Staaten, aber mit Logistik und Staboffizieren aus Europa. Parteifreunde interpretieren den Vorstoß der beiden Politikerinnen als einen Ruf nach der Bundeswehr. Kanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Peter Struck verständigten sich dagegen auf die Sprachregelung, eine deutsche Militäraktion sei derzeit „kein Thema“. Dennoch gibt es Anzeichen für ein deutsches Sudan-Engagement: Ein gemeinsamer Beschluss sämtlicher Fraktionen fordert die Bundesregierung auf, sich für eine Überwachung des Friedensprozesses durch die Vereinten Nationen einzusetzen und „einen möglichen deutschen Beitrag zu prüfen“.



Modrow



De Maizière

URTEIL

Verletzte Aufsichtspflicht?

Lothar de Maizière, ehemaliger Ost-CDU-Chef, und der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow müssen für ihre Teilnahme am Kapitalismus möglicherweise teuer bezahlen. Die beiden wurden zusammen mit vier weiteren Beklagten vom Berliner Landgericht zur Zahlung von knapp 450 000 Euro verurteilt. Die beiden früheren DDR-Politiker gehörten seit 1998 dem Aufsichtsrat des Berliner Sachbuchverlags Edition Ost e & o AG an, der im Oktober 2000 Insolvenz beantragen musste. Der Insolvenzverwalter verklagte die Firmenkontrollreure, weil sie, so der Berliner Rechtsanwalt Joachim Heitsch, ihre „Aufsichtspflicht in grober Weise ver-

nachlässigt haben“. Der Anwalt de Maizières, Michael Barz, sagte nach dem Richterspruch, er könne sich „nicht vorstellen, wie das Urteil vernünftig zu begründen ist“. Er wolle aber erst das schriftliche Urteil abwarten, bevor er über eine Berufung entscheide.

Nachgefragt

Neutraler Präsident

„CDU/CSU und FDP haben die Wahl Horst Köhlers zum Bundespräsidenten als ‚strategisches Signal‘ für eine Ablösung von Rot-Grün bezeichnet. Glauben Sie, dass Horst Köhler mit seiner Amtsführung einen möglichen Regierungswechsel befördert, oder bleibt er neutral?“

befördert Wechsel 21%

bleibt neutral 67%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 24. und 25. Mai; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, keine Angabe

